Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Die Drohne in Leipzig/Halle und die Geheimdienst-Gurken von Vilnius? Skeptisch bleiben!
2. Exklusiv: 90-Milliarden-Kredit für Ukraine – Brüssel weiß nicht, wer am Ende zahlt
3. FAZ nimmt Stellung zur Russentötung
4. Rekordhoher Verteidigungshaushalt Japans offenbart Ambitionen zum militärischen Ausbau
5. Tucker Carlson als US-Präsident? MAGA-Rebellen erklären die Unabhängigkeit von Israel
6. Behördliches Rednerverbot in Mannheim – Angeordnetes Schweigen zu Palästina
7. CIA gründet geheime Taskforce gegen Kuba
8. AfD-Umfragehoch vor den Ostwahlen: Wirtschaft statt Moral
9. Kommunen in Finanznot: Städtetags-Präsident warnt vor »explosiver Stimmung« in Rathäusern
10. Doktortitel nach Plagiatsaffäre aberkannt: Mario Voigt zieht die CDU immer tiefer in die Krise
11. Schnüffelsoftware KIVI kommt Landesmedienanstalten teuer zu stehen
12. Auch die „Meldestelle REspect! im Netz“ wird abgewickelt
13. Großübung im ICE-Tunnel endet im großen Desaster
14. Beruf: Diagnosenfinder – Die Industrie verdient gut, wenn viele Menschen krank sind.
15. 1,76 Milliarden gespart, nie gekündigt: Musks größter Sparposten war eine Luftbuchung

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der*

schnellen Information hin.

1. **Die Drohne in Leipzig/Halle und die Geheimdienst-Gurken von Vilnius? Skeptisch bleiben!**
   Putin ist unsere letzte Instanz. Wann immer etwas Seltsames oder Hinterhältiges passiert in der westlichen Welt, waren's „die Russen". Für diesen Interpretationsautomatismus sind die „Sicherheitsexperten" zuständig. Sie wissen schon vor dem Ereignis, wer es ausgelöst hat, wer über die entsprechenden Mittel verfügt und wem es nützt. Sie stecken so tief in ihrer Geheimdienstwelt, dass sie „Ermittlungen in alle Richtungen" für überflüssig halten. Sie wissen Bescheid. Wie bei der Sprengung der Nord-Stream-Pipelines. […]
   Der Geheimdienstspezialist Roderich Kiesewetter (CDU) wollte die NATO-Partner gemäß Artikel 4 des Atlantikvertrags konsultieren. Ihm war klar: Die schlecht zusammengebastelte Drohne mit der Konservendose voller Sprengstoff konnte nur eine üble Spezialoperation des russischen Militärgeheimdienstes GRU gewesen sein, ausgeführt von „Wegwerfagenten", die nur einmal benutzt werden, um sie dann ihrem Schicksal zu überlassen. Wie zynisch die Russen doch sind. Der Westen würde so etwas nie tun.
   Aber lassen wir die Paranoia, kommen wir zu den Fakten.
   Quelle: Wolfgang Michal in der Freitag

   dazu auch: **„Ein Beleg dafür, dass man uns vorführt" – CDU-Politiker will BND in Russland zuschlagen lassen**
   Der Chef des Parlamentarischen Kontrollgremiums, Marc Henrichmann, will die Geheimdienste zu Attacken in Russland befähigen. Kritiker warnen vor einem massiven Machtzuwachs der Dienste.
   Der Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Bundestages, Marc Henrichmann (CDU), will deutsche Nachrichtendienste zum Cyber-Präventivschlag gegen russische Drohnenhersteller befähigen. Das sei Teil der Nachrichtendienstreform, die er gerade mit vorbereite. Eine „reine Nachrichtensammlerei" werde künftig nicht mehr reichen, betonte Henrichmann. Die beste Drohne sei die, die nie aufsteige und so auch keine Menschenleben in Deutschland bedrohe.
   Quelle: Welt Online

   Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Ein Beleg wofür? Soweit ich weiß, gibt es bisher überhaupt keine Belege oder gar Beweise dafür (auch wenn es nicht ausgeschlossen ist), dass die Sprengstoff-Drohne am Leipziger Flughafen von Russland geschickt wurde. Auf dieser nicht vorhanden Grundlage möchte Henrichmann den BND für*

Sabotageaktionen berechtigen und losschicken, also den "hybriden Krieg" starten, den er Russland vorwirft. Im schlimmsten Fall kann das in einen heißen Krieg mit Russland hineinlaufen – ist das Henrichmann egal, oder sehnt er es geradezu herbei? Aus der CDU (und hier sogar vom wichtigen Chef des Parlamentarischen Kontrollgremiums) kommt grassierender Irrsinn.

2. **Exklusiv: 90-Milliarden-Kredit für Ukraine – Brüssel weiß nicht, wer am Ende zahlt**
   Erste Tranchen des Milliarden-Darlehens fließen bereits. Doch wer am Ende welche Kosten trägt, weiß offenbar nicht einmal die EU-Kommission selbst.
   Erste Tranchen des 90-Milliarden-Euro-Darlehens der Europäischen Union (EU) für die Ukraine fließen bereits seit Juni. Während einige Mitgliedstaaten von den finanziellen Verpflichtungen für das Darlehen ausgenommen sind, stellt sich die Frage: Wer trägt am Ende die Last?
   Anscheinend weiß das nicht einmal die EU-Kommission selbst. Weder die Höhe des Fremdkapitalkostenzuschusses noch die Frage, ob das Instrument im Haushaltsverfahren für 2027 überhaupt in Anspruch genommen wird, noch dessen Betrag ließen sich derzeit bestimmen, so die Kommission. „Eine Aufschlüsselung nach Mitgliedstaaten" könne deswegen nicht vorgenommen werden, heißt es in der Antwort auf eine Anfrage des Europaabgeordneten Fabio De Masi (BSW), die dieser exklusiv Zeitung vorliegt.
   Quelle: Berliner Zeitung
3. **FAZ nimmt Stellung zur Russentötung**
   Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) distanziert sich in einer Stellungnahme wenig überzeugend von der Frage ihres Balkan-Korrespondenten, was Europa tun könne, beim Töten von mehr russischen Soldaten zu helfen, und verurteilt Verunglimpfungen gegen ihren Mitarbeiter.
   In der Stellungnahme vom 10. August bedauert die Zeitung, dass die Frage an den ukrainischen Präsidenten auf einer Pressekonferenz, über die ich berichtet hatte, missverständlich formuliert gewesen sei. Es sei „nicht die redaktionelle Linie der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, dass möglichst viele russische Soldaten getötet werden sollten".
   Der Korrespondent hatte die Frage allerdings dezidiert so gemeint, dass mehr russische Soldaten getötet werden sollten. In Diskussionen auf der Plattform X hatte er das — wie berichtet — mehrfach betont. Auch als er die Stellungnahme der FAZ auf Englisch auf der Plattform verbreitete, machte er deutlich, dass er daran festhält, dass seine Frage berechtigt gewesen sei. Er fügte der Wiedergabe der Stellungnahme eine „persönliche Bemerkung" an, in der er Leser einlud zu fragen, was das Recht auf

Selbstverteidigung der Ukraine bedeute. Das führe auch zu einer Frage, wie er sie gestellt hat.
Die FAZ sieht sehr schlecht aus in dieser Affäre. Sie distanziert sich nicht richtig von einer zutiefst menschenfeindlichen Position ihres Korrespondenten, sondern nennt dessen Frage wider besseres Wissen und gegen dessen Beteuerungen „missverständlich formuliert". Da Martens seine ekelerregende Frage sogar in seinem Bericht in der Zeitung, der redaktionelle Kontrollen durchlief, wiederholen durfte, wäre das Eingeständnis eines Fehlers durch die Zeitung dringend nötig gewesen.
Quelle: Norbert Häring

Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen Sie dazu auch den Kommentar von Marcus Klöckner – FAZ reagiert auf „Mehr-russische-Soldaten-töten"-Aussage – der Fisch stinkt vom Kopf her.*

4. **Rekordhoher Verteidigungshaushalt Japans offenbart Ambitionen zum militärischen Ausbau**
Das japanische Verteidigungsministerium hat für das Haushaltsjahr 2027 einen Verteidigungshaushalt von 8,9 Billionen Yen beantragt und damit erneut einen historischen Rekord aufgestellt. Aufgrund zahlreicher geplanter Projekte, für die bislang noch keine konkreten Kosten genannt wurden, könnte das endgültige Budget sogar die Marke von 10 Billionen Yen überschreiten. Der Rekordhaushalt offenbart erneut die Ambitionen japanischer Politiker, die pazifistische Verfassung weiter auszuhöhlen und den „Neomilitarismus" wiederzubeleben. Unter dem Einfluss rechtsextremer Kräfte hat Japan seine Verteidigungsausgaben in den vergangenen Jahren massiv und rücksichtslos erhöht.
Quelle: CRI online

dazu: **Die Kriegsgefahr in Asien und die Rolle der USA dabei**
Die Konflikte in Asien spielen in deutschen Medien kaum eine Rolle, dabei ähneln die Prozesse dort extrem denen, die in Europa zum Krieg in der Ukraine geführt haben: Die USA instrumentalisieren historische Ressentiments mit dem Ziel, sie zu potenziellen Stellvertreterkriegen zu eskalieren, um ihre geopolitischen Gegner zu schwächen. […]
Das gleiche Spiel spielen die USA auch in Asien, wo sie Taiwan aufrüsten und sich im Falle eines Krieges Taiwans mit China exakt genauso verhalten werden, wie in der Ukraine. Sie werden die Taiwanesen sterben lassen, sich über die Kosten freuen, die für China entstehen, und sie werden an Waffenlieferungen Milliarden verdienen.
In Asien gibt es aber noch einen weiteren Konfliktherd, nämlich die koreanische Halbinsel. Zusammen mit dem Taiwan-Streit ist das tatsächlich ein

zusammengehörender Konfliktherd, denn Japan hat sich sowohl dem Schutz Taiwans verschrieben, als auch Ambitionen in Korea und sieht China als Gegner.
Die USA nutzen das und befeuern die historischen Ressentiments, die noch aus der japanischen Kolonialzeit herrühren, in der Japan China und Korea brutal unterworfen und ausgebeutet hat. Wie schon in Europa mit dem Ukraine-Konflikt, können die USA auch in Asien bestimmen, wann aus dieser Konfrontation ein heißer Krieg wird, in dem China und Nordkorea den US-Verbündeten gegenüberstehen und in dem die USA sich wieder so verhalten werden, wie schon in der Ukraine und in Europa.
Quelle: Anti-Spiegel

5. **Tucker Carlson als US-Präsident? MAGA-Rebellen erklären die Unabhängigkeit von Israel**
   Fast seitdem US-Präsident Donald Trump seine zweite und letzte Amtszeit angetreten hat, bricht die Bewegung, die ihn zweimal an die Macht gebracht hat, auseinander. Nun gibt es einen vollständigen Bruch unter den Anhängern von Make America Great Again (MAGA).
   Das Wesen ist einfach: Es gibt jene, die MAGA weiterhin mit Trump identifizieren, und auf der anderen Seite einer sich ausweitenden Kluft jene, die MAGA treu bleiben, aber glauben, dass Trump es nicht mehr ist. Die Rebellen sagen, Trump habe die Sache verraten, und wollen MAGA – und damit die USA – vor Trump retten.
   Es gibt noch keine offiziellen Strukturen für das, was die MAGA-Dissidenten ihre Bewegung nennen, aber sie hat einen De-facto-Anführer – den populären Journalisten und Podcast-Host Tucker Carlson. Es war auf Tuckers uramerikanischem Anwesen in Maine, wo das MAGA-Schisma offiziell gemacht wurde. Dort trafen sich mehrere Schlüsselpersonen der sich entwickelnden MAGA-gegen-Trump-Gruppe und hissten faktisch die Fahne der Rebellion.
   Nicht wörtlich, sondern in Form eines X-Posts der ehemaligen US-Abgeordneten Marjorie Taylor Greene (mit 5,4 Millionen Followern).
   Quelle: Tarik Cyril Amar auf RT DE
6. **Behördliches Rednerverbot in Mannheim – Angeordnetes Schweigen zu Palästina**
   Man stelle sich vor, die Region, wo deine Familie lebt, ist von massiver Gewalt betroffen und jeden Tag werden Menschen getötet, du willst darüber sprechen und findest klare Worte auf der Straße. Du wirst zu einer führenden Person in der Bewegung in deiner Stadt. Wie reagiert die Stadt? Sie verbietet dir zu sprechen. Dein Name taucht in allen Versammlungsauflagen auf, dir wird der Auftritt als Redner verboten: Redebeiträge, Wortmeldungen, Zwischenrufe, das Ausrufen von Parolen, sogar Aufzeichnungen von dir werden verboten.

Was in einem Land, wo die Meinungsfreiheit angeblich ein so hohes Gut ist, fast unvorstellbar klingt, passiert seit einem Jahr durchgängig in Mannheim. Betroffen ist Dr. Mahmud Abu-Odeh, der selbst zum Verlesen der Namen ermordeter Kinder in Gaza nicht mehr ans Mikrofon treten darf.
Quelle: etos.media

7. **CIA gründet geheime Taskforce gegen Kuba**
   New York Times deckt Kuba-Taskforce des Auslandgeheimdienstes auf. Diese soll die politische Elite auf der Karibikinsel spalten. Nachbar Kuba zum Feind Nummer 1 auserkoren
   Der US-Auslandsgeheimdienst CIA baut eine geheime Kuba-Taskforce auf. Das berichtet die New York Times (NYT) mit Verweis auf Personen, die, wie es heißt, mit dem Vorgang vertraut sind.
   Demnach soll diese Taskforce "dem Geheimdienst ermöglichen, rasch mehr finanzielle, personelle und technische Ressourcen auf die Insel zu konzentrieren, mit dem Ziel, Risse innerhalb der kubanischen politischen Elite zu erzeugen." Dabei fallen dieser Eskalationsschritt und verstärkte Bemühungen der US-Geheimdienste zusammen, ein besseres Verständnis für die Lage vor Ort in Kuba zu gewinnen. Offenbar ist dies Teil einer gezielten Kampagne, um die kubanische Regierung zu einem Systemwechsel zu drängen.
   Quelle: amerika21
8. **AfD-Umfragehoch vor den Ostwahlen: Wirtschaft statt Moral**
   Die ideologisch Gefestigten können die demokratischen Parteien nicht von der AfD zurückholen. Anders sieht es bei wirtschaftlich Frustrierten aus.
   W er die politischen Talkshows und Interviews dieser Wochen verfolgt, erlebt ein wiederkehrendes Muster der Hilflosigkeit. Als Reaktion auf den Höhenflug der AfD liefern Politiker:innen und Beobachter:innen des politischen Betriebs die immer gleichen Sätze: Die AfD wolle zurück in die Zeit vor Adenauer, ihr dürfe man das Land nicht überlassen. Es wirkt wie der verzweifelte Versuch, der Wählerschaft nachzuweisen, dass die Partei für historische Rückwärtsgewandtheit steht.
   Hinter dieser Strategie steckt aber ein Irrtum: Das politische Establishment hält die AfD im Kern noch immer für eine reine Protestpartei. Man redet sich ein, dass Menschen ihr Kreuz nur aus Frust dort machen und im Zweifel damit gegen ihre persönlichen wirtschaftlichen Interessen handeln. Entsprechend groß ist die Hoffnung, die Partei werde sich mangels Substanz irgendwann selbst entzaubern.
   Doch diese Erzählung geht an der Realität vorbei. Vor allem jüngere Wählergruppen haben keine Angst vor historischen Vergleichen; das NS-Regime ist für sie weit weg. Sie wählen die AfD heute nicht mehr trotz, sondern auch wegen handfester wirtschaftlicher Erwartungen.

Quelle: taz

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Ein unaufgeregter und ganz vernünftiger Artikel. Ich glaube, an der Analyse, dass AfD-Wählen auch oder sogar zu einem großen Teil aus wirtschaftlicher Frustration entsteht, ist viel Wahres dran. Aber dann der übliche Klopper, der aus Mainstream-Medien und aus den Köpfen nicht rauszukriegen ist: "Deutschland [muss] seine Wettbewerbsfähigkeit jedoch dringend zurückerlangen". Es stimmt, dass die allermeisten Deutschen und die meisten AfD-Wähler so denken, aber die Behauptung ist komplett falsch. Die deutsche Wettbewerbsfähigkeit ist bei einem Außenhandelsüberschuss von immer noch inakzeptabel hohen 4 bis 5 Prozent viel zu hoch und muss dringend *gesenkt* werden. Die Wettbewerbsfähigkeit zu senken bedeutet z.B. höhere Löhne, höhere Renten und mehr Investitionen in die Infrastruktur, und ja, mit so einer vernünftigen Politik könnte man die "wirtschaftlich Frustrierten" vielleicht wirklich zurückholen. Wie kann eine eigentlich reflektierte Frau wie die Mitgründerin diese Umfrageinstitut diesen Unsinn (mehrfach) wiederholen?*

dazu auch: **Die Linke dient sich an**
Wahlkampf in Sachsen-Anhalt: Spitzenfunktionäre des rechten Flügels blinken Richtung CDU, um eine Regierung mit der AfD zu verhindern
Höhere Mieten, niedrigere Steuern für Unternehmen, mehr Befugnisse für die Polizei, härtere Sanktionen für Bezieher von Transferleistungen – die CDU steht für vieles, was die Partei Die Linke bekämpft. Dennoch könnte diese nach der Wahl in Sachsen-Anhalt in knapp vier Wochen CDU-Ministerpräsident Sven Schulze zur Wiederwahl verhelfen. Luigi Pantisano, neuer Kovorsitzender der Partei Die Linke, hat im ZDF-»Sommerinterview« am Sonntag abend dieses Vorgehen signalisiert. »Es geht darum, zu verhindern, dass eine rechtsextreme Partei an die Macht kommt«, sagte Pantisano mit Blick auf die AfD.
Quelle: junge Welt

9. **Kommunen in Finanznot: Städtetags-Präsident warnt vor »explosiver Stimmung« in Rathäusern**
Deutschlands Kommunen stehen unter finanziellem Druck. Städtetags-Präsident Burkhard Jung fordert die Bundesregierung jetzt mit eindringlichen Worten zum Handeln auf.
Deutsche Kommunen leiden unter Finanznot – der Präsident des Deutschen Städtetages Burkhard Jung hat nun deshalb die Bundesregierung aufgefordert, diese stärker zu entlasten. »Ich bin jetzt 21 Jahre dabei und spreche mit vielen Kolleginnen und Kollegen«, sagte der SPD-Politiker und Leipziger Oberbürgermeister dem

Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). »Glauben Sie mir: Die Stimmung in den Rathäusern der Republik ist explosiv. Sie war noch nie so schlecht wie heute. Da müssen sich Bund und Länder einfach bewegen.«
Die Kommunen verzeichneten inzwischen jedes Jahr ein Defizit von mehr als 30 Milliarden Euro. »Deshalb muss sich der Bund in diesem Herbst bei den Finanzen bewegen. Wir werden nicht lockerlassen, bis das erreicht ist«, sagte Jung. Statt Entlastungen kämen immer neue Belastungen hinzu. Kommunen könnten ihre Aufgaben immer schlechter erfüllen – »obwohl wir sie laut Grundgesetz erfüllen müssen«
Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Einmal mehr wird auf die schlimme finanzielle Lage der Kommunen hingewiesen und auf den Abbau bei der Daseinsvorsorge, und einmal mehr wird der Ruf ungehört verhallen, weil es für die Bundesregierung wichtiger, geradezu unerlässlich ist, die zig Milliarden Euro jährlich für noch mehr Unternehmenssteuergeschenke und noch mehr irrsinnige und schädliche Aufrüstung zum Fenster hinauszuwerfen.*

10. **Doktortitel nach Plagiatsaffäre aberkannt: Mario Voigt zieht die CDU immer tiefer in die Krise**
Die TU Chemnitz hat Thüringens Ministerpräsident Mario Voigt (CDU) den Doktortitel wegen eines Plagiatsvorwurfs schlussendlich aberkannt. Für die CDU ist der Schaden gewaltig. […]
Wir erinnern uns an den schneidigen Verteidigungsminister der CSU, Karl-Theodor zu Guttenberg, der nach dem Entzug seines Doktortitels 2011 schließlich zurücktrat. Ihm wurden zahlreiche nicht gekennzeichnete Übernahmen von fremden Texten zur Last gelegt, und die Verantwortung vor seinen Wählern nötigte ihn zum Rückzug.
Von Mario Voigt hören wir jetzt erst mal gar nichts zu den Vorwürfen; nur sein Anwalt spricht und will gegen den Bescheid der Universität vor ein Gericht ziehen. Es ist mehr als erstaunlich, dass nach dem wiederholten schweren Vorwurf einer vermutlichen Täuschung ein Ministerpräsident keinerlei Verantwortung übernehmen will und sich auch nicht seinen Wählern gegenüber zu erklären vermag. Für seine Partei indes wächst sich das alles zu einem Fiasko aus.
Quelle: Berliner Zeitung
11. **Schnüffelsoftware KIVI kommt Landesmedienanstalten teuer zu stehen**
Die Landesmedienanstalten haben offenbar ihre liebe Not mit Datenauskunftsanforderungen nach Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). In Zusammenhang mit ihrer KI zum Durchschnüffeln der sozialen Medien namens KIVI

ist die Beantwortung der vielen Anfragen aufwendig. Mein Mitleid hält sich in Grenzen. (…)
Die vielen Menschen, die von ihrer zuständigen Landesmedienanstalt wissen wollen, welche Daten man dort über sie gesammelt hat, tun also ein gutes Werk für die Meinungsfreiheit. Denn der zweiprozentige Anteil, den die Landesmedienanstalten vom Topf der Rundfunkbeiträge bekommen, ist festgelegt. Das Geld, das sie für die Beantwortung von DSGVO-Anfragen ausgeben müssen, können sie nicht mehr dafür ausgeben, Blogger und unabhängige Nachrichtenportale zu schikanieren und Schnüffeldienste für Polizei und Verfassungsschutz zu erledigen, damit nur ja keine Beleidigung eines Mainstream-Politikers ungeahndet bleibt. Die scheinbare Effizienz des Durchschnüffelns des Internets mit einer gemeinsamen KI fällt ihnen jetzt auf die Füße.
Quelle: Norbert Häring

12. **Auch die „Meldestelle REspect! im Netz“ wird abgewickelt**
Die öffentliche Empörung über die Umtriebe staatlicher und steuerfinanzierter Anschwärzungsportale hat gefruchtet. Nachdem zum letzten Jahreswechsel die Meldestelle Hessen gegen Hetze stillschweigend abgewickelt wurde, soll dasselbe bald auch für deren ebenfalls bundesweit tätiges Pendant aus Baden-Württemberg geschehen. Die „Meldestelle REspect! im Netz“ soll ab Jahresende keine Meldestelle mehr sein.
Angekündigt hat das per Interview die Chefin der Jugendstiftung Baden-Württemberg so wenig aufsehenerregend wie möglich im Interview mit dem Lokalblatt Bietigheimer Zeitung an einem Samstag im August, an dem in allen Bundesländern Sommerferien sind. Die „Umstrukturierung“ von Hessen gegen Hetze war auf ähnlich unscheinbare Weise kurz vor Weihnachten 2025 in Aussicht gestellt und später völlig geräuschlos umgesetzt worden. Dieses Vorgehen zeigt, wie peinlich den Verantwortlichen ihre Anschwärzungsportale geworden sind. (…)
Die Rückabwicklung des Wahrheitskomplexes, die für die Wahrung der Meinungsfreiheit dringend nötig ist, geschieht damit allerdings bisher nur an den besonders sichtbaren Stellen. Die verdeckte Meinungs- und Informationsunterdrückung in öffentlich-privater Partnerschaft findet weiterhin ungebremst statt. Was nötig ist, um das abzustellen, habe ich in einem früheren Bericht und ausführlicher im Schlusskapitel meines Buches „Der Wahrheitskomplex“ aufgeschrieben.
Quelle: Norbert Häring

13. **Großübung im ICE-Tunnel endet im großen Desaster**
Bei einer Übung in einem Eisenbahntunnel in Thüringen trainieren Einsatzkräfte am Wochenende den Ernstfall. Doch bei einem simulierten ICE-Brand geht alles schief:

Die Feuerwehr kommt zu spät, die Kommunikation läuft teilweise über Fax. Der Innenminister ist bedient. […]
Am Samstag hatte es bei der Übung mit mehr als 250 Einsatzkräften Probleme gegeben. Simuliert wurde der Brand eines ICE, bei dem eingesetzte Komparsen als Passagiere gerettet werden sollten. Im Mittelpunkt stand den Angaben nach die Zusammenarbeit von Feuerwehr, Rettungsdienst und weiteren beteiligten Organisationen. Nach Angaben der Zeitung "Freies Wort" dauerte es mehr als zwei Stunden, bis die ersten Rettungstrupps nach der Feuermeldung eintrafen. "Wäre das hier echt, wären längst alle tot", zitierte das Lokalportal "InSüdthüringen" einen namentlich nicht genannten Feuerwehrexperten.
Quelle: n-tv

14. **Beruf: Diagnosenfinder – Die Industrie verdient gut, wenn viele Menschen krank sind.**
Nicht selten hört sie deshalb den Vorwurf, sie würde Krankheiten erfinden, die sich gut mit ihren Wirkstoffen vermarkten lassen. Ihr allein den schwarzen Peter für „Lifestyle-Leiden" zuzuschieben, ist jedoch zu kurz gedacht.
Der Arzt, der nichts tut, weil es die beste Option ist, kommt häufig nicht gut an: Denn Patienten wollen meistens, dass etwas getan wird. Unter Internisten und Chirurgen schon lange ein großes Thema, ist das „Weniger" nun auch in der Allgemeinmedizin angekommen: Bei einem Wechsel zu einem anderen Hausarzt wundern sich gerade ältere Patienten mitunter, dass der erst einmal viele der vermeintlich unentbehrlichen Medikamente absetzt.
Quelle: Seniora.org

15. **1,76 Milliarden gespart, nie gekündigt: Musks größter Sparposten war eine Luftbuchung**
GAO-Bericht zu Doge: 1,76 Milliarden Dollar Ersparnis für einen Pentagon-IT-Vertrag, der nie gekündigt wurde. Die Zahl steht bis heute online.
Elon Musks Behörde Doge hat 1,76 Milliarden nach eigener Rechnung gespart, indem sie einen IT-Vertrag der US-Militärmedizin kündigte. Gekündigt hat sie ihn nie.
So steht es im Bericht des US-Rechnungshofs GAO vom 6. August. Das US-Fachportal Military Times hat den Fall im Detail aufgearbeitet.
Quelle: Berliner Zeitung